

Nach dem Fall von Vortur wird der Angriecher Herrscher aller Reußen sich nicht einmal mehr vor der Front der zusammengetriebenen Soldaten mehr sicher fühlen.

Logo an die Weister des Gefallenen.

Bei Gelegenheit einer Gedächtnisfeier, die am 31. Dezember in Loko für die Offiziere und Mannschaften der Flotte abgehalten wurde, die bei dem Kampfe um Vortur ihr Leben gelassen haben, hat der Admiral Logo den Weister seiner Kameraden folgende Worte abgelesen:

„Wenn ich vor Euren Weister stehe, so fällt es mir schwer, meinen Gefallenen zu gedenken. Eure Persönlichkeit ist mir noch frisch im Gedächtnis. Eure körperliche Existenz hat aufgehört, aber Ihr Schicksal von der Welt ist tapferer Erfüllung Eurer Pflicht und infolgedessen ist die Flotte des Feindes auf dieser Seite des Erdballs vollkommen unbrauchbar gemacht worden. Unsere vereinten Flotten bleiben im unbeschränkten Besitz der See. Ich bin überzeugt, daß diese Nachricht Euch Weisterern Frieden und Ruhe bringen wird. Es ist meine angenehme Pflicht, die Gelegenheit meiner Gegenwart in der Hauptstadt wahrzunehmen, wozu mich der Kaiser gerufen hat, um den Gefallenen der Flotte, die ihre irdische Existenz für ein so großes Resultat opferten, meine Erfolge zu melden. Diesen Bericht stelle ich hiermit in aller Demut in eigner Person ab.“

Letzte Nachrichten.

Sd. Petersburg, 4. Januar. Bis gestern mittags zweifelte man vielfach noch immer die Möglichkeit der Rettung vor der Kapitulation Port Arthur, bis die späteren Meldungen dies glaubwürdig bestätigten; im Volke erwartete man das Ende nicht so nahe. In ministeriellen Kreisen wird die Verantwortlichkeit für die jetzige Lage auf Kuropatkin geschoben, welcher durch seine energielose Haltung es nicht verstanden habe, der tapferen Garnison Unterstützung zu bringen, obgleich ihm hierzu mehrfach Gelegenheit geboten war. Die Lage auf dem Kriegsschauplatz wird nunmehr für sehr ernst gehalten; ein Generalstabschef erklärte einem Interbieter, Kuropatkin könne in den nächsten zehn Tagen gezwungen sein, einen schweren Angriff der Japaner abzuwehren.

Sd. Bemberg, 4. Januar. Die polnischen Studenten richteten an die Bevölkerung die Aufforderung, die Kapitulation von Port Arthur durch eine allgemeine Illumination zu feiern.

Sd. London, 4. Januar. 10 000 Mann japanischer Truppen werden in Port Arthur als Belagerung und zur Wiederherstellung der Forts zurückgelassen. Der Rest der Belagerungsarmee wird zu Chama Höfen.

Sd. Bemberg, 4. Januar. Nach Meldungen polnischer Blätter aus Petersburg steht die Veröffentlichung eines kaiserlichen Was bevor, durch welchen Russisch-Polen die Selbstverwaltung der Städte, Reorganisation der Gemeindeverwaltungen und Verbesserungen der Schulen zugesichert wird.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 4. Januar 1905.

Das Dessauer Urteil.

Am 11. Januar wird das Oberkriegsgericht in Magdeburg als zweite Instanz über die Dessauer Meuterei Urtheil sprechen. Diese Verhandlung ist, wie wir schon erörtert haben, er doch nie groß genug sein, um alle zu fassen, die auf den endgültigen Ausgang dieses denkwürdigen Militärprozesses gespannt sind. Die Korrespondenten aller großen Blätter werden dort versammelt sein, und findige Verleger zerbrechen sich jetzt schon den Kopf, wie sie es anstellen könnten, um als die ersten in den Besitz der allgemein erwarteten Nachrichten zu gelangen.

Die politische und juristische Welt hat zu dem Dessauer Urteil, wenn auch meist ohne die notwendige Entschiedenheit, Stellung genommen, weil sie Stellung nehmen mußte. Jetzt eben veröffentlicht die Straßburger Reichsanzeiger „Deutschland“ die „Deutsche Juristenzeitung“ einen Aufsatz, in dem er nachweist, daß das Dessauer Urteil das Gesetz zugunsten der Angeklagten unrichtig interpretierte. Von einer „Zusammenrottung“ im Sinne des Strafgesetzes könne gar keine Rede sein. Der Ausgang ist im Auszug unter Deutschland in der Nummer zu finden.

Liberalen Zeitungen kündigen an, daß die Angeklagten im Reichstag zur Sprache gebracht werden würde, und sie bitten ihre Abgeordneten, nicht schuldig, nur ja dafür zu sorgen, daß die Grundsätze der Sozialdemokratie zur Bekämpfung ihrer demagogischen Zwecke überlassen werden.

So heißt die Sache jetzt, aber was ist die Bedeutung? Von der Öffentlichkeit ist man, wie wir schon erörtert haben, die Dessauer Meuterei zu spielen begonnen. Die Sozialdemokratische Partei der Reichstagsmitglieder hat die Verhandlungen sorgfältig, trich einen sozialdemokratischen Vertreter — wahrlich nicht den einzigen uninteressanten Zuhörer in den Gerichtssälen. Die sozialdemokratische Blatt übermittelte den Fall der Öffentlichkeit, die ganze sozialdemokratische Presse übernahm den Bericht sofort, und zwar auch dadurch einen großen Teil der bürgerlichen Presse, sich gleichfalls um die Sache zu kümmern. Ohne die Sozialdemokratie hätte kein Hahn nach den Dessauer Opfern der Militärjustiz geschrien; ohne daß die Welt etwas davon erfahren, ohne daß der Reichstag über die Sache verhandelt, ohne daß berühmte Juristenlehrer ihre Gutachten abgegeben hätten, wären die beiden Proletenverbrecher im besten Falle hinter den Mannern des Justizsystems verschwunden.

Jetzt aber hat die liberale Presse den Wunsch, von dem demagogischen Zweden zu reden, die die Sozialdemokratie bei der parlamentarischen Erörterung des Dessauer Urteils verfolgte. Sie hat das in einem Falle, der geradezu ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit der Kritik ist, die die Sozialdemokratie am öffentlichen Leben übt. Können es auf die liberale Presse und auf die liberalen Abgeordneten an, so wäre die Sache einfach totgeschwiegen worden. Und jetzt man den Versuch machen, sie nach der beliebigen Schablone der „bedauerlichen Einzelfälle“ zu behandeln, und das System, dem sie zum Grunde liegt, vor den demagogischen

der Sozialdemokratie zu schillern. Was die parlamentarischen Ankläger zu leisten imstande sind, haben sie reichlich im vorläufigen Landtag bewiesen, aus dem sie allemal, auch wenn sie in der Sache tausendmal recht haben, als die blamirten Europäer heimzuehren.

Ein Landgerichtsdirektor in den Schlingen des § 175.

Der Breslauer Landgerichtsdirektor Gasse, der am 20. Dezember aus Breslau verschwand, hat sich unter den Selbstbezichtigungen des versuchten Mordes dem Berliner Gericht gestellt, und ist in Untersuchungshaft genommen worden. Gasse erklärte, er habe zu einem aus Berlin stammenden jungen Manne in verbotene Beziehungen gestanden. Der junge Mann habe dieses Verhältnis zu Erpressungen mißbraucht. Daraufhin habe er den Versuch gemacht, den Erpresser über den Haufen zu schleichen.

Anfangs versuchte man die Selbstbezüglichung Gasses als den Ausfluß einer geistigen Störung zu behandeln und ihn als unglaubwürdig hinzustellen. Inzwischen aber verhaftete die Polizei in Hamburg den aus Berlin stammenden 37jährigen Konditor Lächel, der alsbald gestand, zu Gasse in unerlaubten Beziehungen gestanden, und Erpressungsverfuche an ihm verübt zu haben. Und dieser Lächel hat an der Hand eine von einem Schrottschuß herrührende Wunde.

Und für sich verdient die Tat des Landgerichtsdirektors außerordentlich milde betrachtet zu werden. Er folgte zu seinem eignen Unglück einer krankhaften Neigung und zerstörte dadurch seine Existenz. Der gemeine Erpresser verdient kein Mitleid, und wenn das Gesetz auch sein Leben ebenso hoch bewertet wie das eines jeden andern, so erscheint dem Rechtsbewußtsein der Abwehrversuch eines Verzweifeltten gegen seinen Bedränger weit weniger schlimm als ein sonst viel geringeres Delikt.

Aber der Landgerichtsdirektor Gasse war bis vor kurzem Strafrichter. Als solcher hatte er sich verpflichtet, Uebertreter des § 175 ins Gefängnis zu schicken. Obwohl er selbst diesen Paragraphen übertrat, hat er die Pflicht übernommen und vielleicht sogar ausgeübt, als Richter Menschen zu verdammen, die genau so schuldig oder so unschuldig waren, wie er. Und darin liegt seine eigentliche Schuld.

Mit dem § 175 des Strafgesetzbuchs treibt die bürgerliche Gesellschaft die schlimmste Geißel. Gerade jene Volkskreise, in denen die Entartungserscheinungen, die dieser Paragraphen unter Strafe stellt, am wenigsten verbreitet sind, treten am entschiedensten für seine Beseitigung ein. Jene vornehmsten Kreise, in denen der § 175-Unfug geradezu als guter Ton und aristokratischer Sport gilt, tun zur Beseitigung des § 175 nicht das geringste. Denn sie werden von ihm nicht getroffen. Wenn die Polizei einmal erzählen wollte, wer alles jene unter schwere Strafe gestellten Handlungen begeht, würde alle Welt große Augen machen.

Stürmische letzte Sitzung.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat nach dem Willen des die Verfassung brechenden liberalen Ministerpräsidenten Tisza am Dienstag seine letzte Sitzung abgehalten. Natürlich gab es große Tumulte. Wir geben den folgenden Bericht wieder:

Das Abgeordnetenhaus hielt seine letzte Sitzung zur Entgegnahme der Nachricht ab, daß der König den Reichstag morgen mit einer Thronrede eröffnen werde. Die Opposition zog auch heute korporativ ins Parlament, die Sitzung nahm den gewohnten turbulenten Verlauf. Der Vorsitzende Baron Fejérváry meldet die morgen erfolgende Auflösung des Reichstags an. Die Opposition bricht in die Luft aus: „Eidbruch! Gesetzesverletzung!“ „Schmach! riefen mehrere die Bitte an die Regierung, sie möge von der ungeheuerlichen Auflösung absehen. Graf Tisza antwortete dies unter fürchterlichem Lärm der Opposition zurück, welche rief: „Nieder mit dem Herrscher!“ Tisza sagt, es werde einzelnen übermüthigen Revolutionären nicht gelingen, die Tisza'sche zu verhindern, daß es in Ungarn eine antikonstitutionelle Partei gebe. Als dann der Justizminister die Gesetzmäßigkeit der Auflösung betonen will, wird er niedergeschrien. Graf Apponyi und die übrigen Vertreter der Opposition melken sodann ihren Protest gegen die ungeheuerliche Auflösung des Reichstags an. Als Baron Fejérváry antworten will, verläßt die ganze Regierung und die liberale Partei den Saal. Der Lärm war so groß, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Baron Fejérváry schließt nach einer Pause, daß Neubahlen im Verzugzustand ungelöst seien. Auch er habe 1894 an eine solche Auflösung gedacht, habe jedoch den Gedanken als verfassungswidrig lassen. Diese Neubahlen seien aber auch zwecklos, da die Opposition im neuen Reichstag sogar die Konstituierung verhindern werde. Bolontsi erklärt dann den Verfassungswidrigkeit des Königs, und führt aus, daß dieser nicht nur einen konstitutionellen, sondern auch einen religiösen Charakter habe. Nicht König, sondern nur die königlich-katholische Kirche könne den König eines Landes ernennen. Bolontsi rief: „Gott möge dem König so helfen, wie sein Eid ein wahrer oder falscher ist!“ Der Vorsitzende will hierauf im Namen des Präsidiums dem Hause für seine Unterstützung danken, was auf allen Seiten mit lautem Gelächter aufgenommen wird. Die Opposition beanstandet die Dankagung des Vorsitzenden mit den Worten: „Schiefgefelle, Schund! Sie brauchen keinen Dank!“ worauf der Präsident die Sitzung mit einem Hoch auf den König schließt.

Die der „Frankf. Ztg.“ aus Budapest gemeldet ist, ist entgegen dem bisherigen Brauch die Opposition fest entschlossen, am Mittwoch zur Anhörung der Thronrede, die die Auflösung ausspricht, in der Hofburg, dem Schlosse zu erscheinen. Wenn das geschieht, sind natürlich auch dort Störungen und Tumulte unausbleiblich.

Am Dienstag nachmittag haben die Oppositionsparteien sich für die Wahlen zu einer Partei zusammengeschlossen. Um so weniger Aussicht bleibt für Tisza, daß er seine Bedränger los wird.

Deutschland.

* Berlin, 4. Januar. Berliner Zeitungen kündigen an, daß im Februar eine Sammlung von Briefen aus dem Nachlaß des verstorbenen Führers der Konservativen und Oberpräsidenten der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht werden soll.

Wilhelm v. Hammerstein hat bekanntlich nach einer glänzenden Laufbahn im Justizhaus geendet. Wenn es was nach der Person des Herausgebers nicht zu erwarten ist — nicht etwa sehr itzerge Genjur geübt worden sein sollte, wird man sich auf alle möglichen interessanten Enthüllungen aus der Zeit des neuen Rufes gefaßt machen dürfen.

Der frühere „Obervermessungskommissar“ Freiherr v. Zedlitz, der jetzt auf das einrichtete die Annahme der nach seinen Wünschen verbaulichen Kanalvorlage betreibt, hat jüngst in einer Versammlung zu Bunsdorf, um die konservativen Kanalgegner für die neue Kanalvorlage einzufangen, erklärt, daß der Rhein-Hannoverkanal, falls er einmal bis zur Elbe ausgehant werden sollte, nur nach der unteren Elbe mit dem Anschluß an den Elbe-Travelkanal, also durch die Lüneburger Heide, geführt werden würde. Da der Junter Wille Gesetz ist in Preußen, so ist anzunehmen, daß diese neue Bestimmung gelingen wird.

Die Kanal-Kommission trat am Dienstag zur Feststellung des Kommissionsberichts zusammen. In der Vormittagsitzung wurde der vom konservativen Abg. v. Luistorp verfaßte Bericht über den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin genehmigt. In der Nachmittagsitzung wurde der Rest genehmigt. Die Drucklegung des Berichts soll soviel wie möglich beschleunigt werden.

Am Typhus in Südwestafrika ist, nach amtlicher Meldung, der Gefreite Karl Wirtel aus Burgscheidungen gestorben.

In Deutsch-Ostafrika sind nach einer Verordnung des Reichskanzlers, betreffend die Hausklaverei in Deutsch-Ostafrika, die nach dem 31. Dezember 1905 geborenen Kinder von Hausklaverei frei. Die Eltern bleiben aber nach wie vor Sklaven.

Zum Schulunterhaltungsgesetz hat der Vater des Schulkommissars, der freikonservative Abg. Freiherr v. Zedlitz einen Plan ausgedacht, der in Kürze auf folgende Grundzüge hinausläuft: Der Staat übernimmt auf seinen Etat die Grundgehälter der alleinstehenden und ersten Lehrer bis zur Höhe von 1200 Mark und die Alterszulagen bis zur Höhe von 130 Mark für dieselben Kategorien. Zur Deckung der entstehenden Kosten von rund 20 Millionen Mark wird eine 18. Monatsrate der Einkommen- und Ergänzungssteuer erhoben. Mit andern Worten: in allen kleinen Landgemeinden und Gutsbezirken, die nur eine Schule haben, übernimmt der Staat die ganze Lehrerbefoldung. Damit die Sache etwas mehr planmäßig aussieht, sind die ersten Lehrer an den übrigen Schulen mit einem Teile ihres Einkommens miteingeschlossen. Es wäre das wieder eine Auslösung des steuerflüchtigen Westens zugunsten des wirtschaftlich rückständigen Ostens. Die Junker und Agrarier hätten also zwei fette Fliegen erlegt: sie sparen ihre Schulgelder und sichern sich zugleich die Mehrheit verbürgt.

Eine Reform des Einkommensteuergesetzes ist im Abgeordnetenhaus in nächster Zeit zu erwarten. Sie wird, wie der Berliner Vertreter der „Frankf. Ztg.“ berichtet, eine Erhöhung des progressiven Steuersatzes, der jetzt mit 4 Prozent abschließt, bis auf 5 Prozent bringen, dafür eine Entlastung der unteren Stufen; u. a. auch dadurch, daß die Zahl der Kinder des Steuerpflichtigen bei der Einschätzung mehr als bisher berücksichtigt wird.

Das harte Urteil des Kriegsgerichts in Dessau das bekanntlich zwei Soldaten wegen militärischen Aufruhrs zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt hat, weil sie sich einem betrunkenen Unteroffizier widersetzt hatten, wird von Prof. Mayer-Straßburg in der „Deutschen Juristenzeitung“ kritisiert. Er kommt zu dem Schluß, daß das Urteil nur infolge einer unrichtigen Anwendung des Gesetzes zustande kommen konnte. Prof. Mayer betont entschieden, daß von einer Zusammenrottung keine Rede sein kann. Denn sicherlich waren an dem Ergeß gegen den Unteroffizier nur zwei Soldaten beteiligt, und zwei Menschen können eine Zusammenrottung nicht bilden. Allerdings sind nach einer auch vom Reichsgericht und vom Reichsmilitärgericht angenommenen Ansicht zwei Personen genug; leider hat sich das Kriegsgericht in Dessau dieser oft angegriffenen Interpretation angeschlossen. Ihre stehen zwingende Argumente entgegen. Es gibt keinen speziellen juristischen Begriff der Zusammenrottung. Jeder stellt sich aber unter Zusammenrottung einen Haufen Menschen vor. Wenn das Gesetz von der Vorstellung, daß zwei Personen einen Aufruhr veranstalten können, ausgegangen wäre, so hätte es eine Zusammenrottung nicht gefordert und sich begnügt, den Tatbestand durch die Worte, „wenn mehrere mit vereinten Kräften es unternehmen...“, zu beschreiben. Man behandelt also das Merkmal Zusammenrottung als einen überflüssigen, nicht bedeutenden Zusatz, wenn man zwei Menschen, die mit vereinten Kräften einen Vorgesetzten angegriffen haben, als Aufrührer bestraft. Es ist aber nicht jede Menschenmenge eine Zusammenrottung; eine Menschenmenge kann als rein passive Schar (die Zuschauer bei einem Festzug) gedacht werden; für die Zusammenrottung ist Aktivität wesentlich. Erst dieses Moment schafft die Beteiligungsmöglichkeit, auf die es beim Verbrechen des Aufruhrs ankommt. Jetzt sieht, daß die Vereinigung der beiden Verurteilten auch nicht im entferntesten eine Zusammenrottung gewesen ist. Schließlich erwähnt Mayer, daß die zu weit gehende Fassung des Aufruhrbegriffs um so unbegreiflicher ist, weil sie nicht im geringsten durch ein praktisches Bedürfnis entschuldigt werden kann. Die Verneinung des Aufruhrs ist nicht Verneinung der Strafbarkeit; im vorliegenden Falle hätten die Angeklagten, wenn wir einen mit der Waffe ausgeführten tätlichen Angriff und zugleich einen minder schweren Fall annehmen, mit Gefängnis oder Festungshaft von 2 bis zu 15 Jahren, und wenn sie den Angriff ohne Waffe unternommen haben, im Mindestmaße mit einem Jahr Festung bestraft

Nationalliberal.

(Ein Beitrag zur Wahl in Calbe-Merseleben.)

Die Beurteilung politischer Parteien durch das allgemeine Volkswusstsein spiegelt sich wider in den Stimmen- und Mandatszahlen, die bei den Wahlen durch die Parteien erzielt werden. Für die Nationalliberalen ergibt sich dabei folgendes Bild:

Jahr	Stimmen	Mandate
1871	1 171 000	120
1874	1 499 000	152
1877	1 470 000	127
1878	1 331 000	98
1881	747 000	45
1884	987 000	51
1887	1 678 000	99
1890	1 174 000	42
1893	997 000	52
1898	984 000	47
1903	1 264 000	50

In der Zeit, in der die Nationalliberalen unter unaufhörlichen Schwankungen einen kleinen Stimmengewinn erzielt, der aber eigentlich überhaupt kein Gewinn ist, da er die Volksmehrung außer Betracht läßt, sind die sozialdemokratischen Stimmen in stetigem Wachsen von 124 000 im Jahre 1871 auf 3 025 000 im Jahre 1903 angewachsen. Ihre Mandate haben sich vermehrt von 1 im Jahre 1871 auf 81 im Jahre 1903, während die nationalliberale Partei, die 1874 und 1877 den Reichstag beherrschte, heute zu einer kleinen Gruppe herabgesunken ist, die zudem 45 von ihren 50 Mandaten den Stichwahlen verdankt. Aus eigener Kraft vermochte die Partei gerade 5 Mandate zu erobern, die übrigen gewählten Nationalliberalen sind samt und sonders „kleineres Nabel“.

Der jährliche Fall dieser einst so starken Partei redet eine deutliche Sprache. Ohne Grund haben sich die Wähler nicht scharenweise von ihm abgewandt. Ein gerüttelt und geschüttelt Maß von gebrochenen Versprechungen, Verrat liberaler Prinzipien, Rückgratlosigkeit gegenüber der Regierung und Verfündigung an den Interessen des Volkes sind notwendig gewesen, ehe die „Fraktion Drehscheibe“ das Vertrauen bei den Wählern einbüßte. Damit verlor sie aber auch zugleich jeden Einfluß auf die Regierung, die zudem wußte, daß das Charakteristikum des Nationalliberalismus darin besteht, daß er stets so tanzt, wie die Regierungsflöte bläht.

Die politischen und wirtschaftlichen Anschauungen der Nationalliberalen sind vielfältig wie Mollusken. Sie haben, wie alle Parteien die größte Fertigkeit darin erlangt, immer auch anders zu können, und morgen die Götzen zu zerbrechen, zu denen sie heute beten; nur eins blieb stetig im Wandel der Zeiten: die Virtuosität im Verzicht auf jeden, einmal eingenommenen Standpunkt, sobald die Regierung das verlangte. Das ist das einzige „Prinzip“, dem der Nationalliberalismus treu geblieben ist; alle übrigen hat er tausendmal verraten und verkauft. An einigen Beispielen aus der Geschichte der Partei wollen wir dieses illustrieren.

Schon die Gründung der Partei war ein Zeichen der Schwäche gegen die Regierung. Sie entstand aus den Dissidenten der Fortschrittler, die nach der Schlacht bei Königgrätz ihren Frieden mit Bismarck machen wollten und daher für die Vorlage stimmten, in welcher dem Blut- und Eisenmensch Indemnität für alle Verfassungswidrigkeiten, die er während der konstitutionellen Periode begangen hatte, erteilt wurde. 1867, einige Monate nach dieser Abstimmung, konstituierte sich die nationalliberale Partei unter Führung Miquels und Bennigsen, und am 13. Juni 1867 wurde das erste Parteiprogramm veröffentlicht. Der Nationalliberalismus hat dieses sein erstes Parteiprogramm ganz der Vergessenheit anheimfallen lassen. Mit gutem Grund, wie man ersehen wird, wenn man die Taten der Nationalliberalen mit den damals aufgestellten Grundätzen vergleicht.

In diesem ersten Programm wird betont, daß die liberalen Kräfte der Nation mitwirken müßten, wenn das Einigungswerk gelingen und zugleich die Freiheitsbedürfnisse des Volkes befriedigt werden sollten. Daher der Wahlspruch der Partei: „Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig mit denselben Mitteln erzwungen werden.“ Die Wünsche der Verfassung des Norddeutschen Bundes wurden anerkannt, das gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht als Grundstein der Verfassung gewährleistet. Unter den geforderten Justizreformen ist erwähnenswert die Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle politischen Strafsachen. Ferner wird Sparsamkeit in Militärfragen und Verkürzung der Dienstzeit gefordert.

Bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes bot sich den Nationalliberalen Gelegenheit, ihr Programm zu vertreten. Sie erfüllten das „Freiheitsbedürfnis des Volkes“, indem sie bei allen wichtigen Abstimmungen umfielen. Warm und mit begeisterten Worten traten sie für liberale Forderungen ein. Dann betrat Bismarck mit seinen großen Kurassierstiefeln die politische Bühne, erklärte die meisten der liberalen Forderungen für unannehmbar, und bei der dritten Lesung stimmten die liberalen Mannesleuten gegen dieselben Forderungen, die sie bei der ersten und zweiten Lesung so tapfer und beredt verteidigt hatten. So hatte man zum Beispiel in zwei Lesungen die Einführung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten beschlossen. Bismarck lehnte sie ab, weil er in der Diätenlosigkeit ein Mittel gegen die demokratischen Tendenzen des allgemeinen Wahlrechts erblickte, und bei der entscheidenden Abstimmung mit 178 gegen 90 Stimmen wurde die Diätenlosigkeit beschlossen, die heute noch durch die bürgerlichen Parteien so lebhaft beklagt wird. Bei der Militärverfassung, wichtigen Fragen des Budgetrechts, und später bei der Aufnahme der Todesstrafe in das Reichsstrafgesetzbuch verließen die Dinge ebenfalls. Mit 118 gegen 81 Stimmen war vom Reichstag die Aufhebung der Todesstrafe beschlossen worden. Bismarck, der teils aus prinzipiellen Gründen, teils weil er das Begnadigungsrecht des Monarchen wahren wollte, die Beibehaltung der Todesstrafe wünschte, kam nun selbst nach Berlin; Nationalliberale

in genügender Zahl trafen am nächsten Morgen ein, um die Todesstrafe mit Beschleunigung aufzunehmen.

Wismarck hatte seinen Willen bekannt gemacht, die nationalliberale Partei aber hatte ihre Forderungen nicht aufgegeben, so deutlich gezeigt, daß sie fortan jeden Versuch, die Todesstrafe zu beseitigen, verlor.

Aus der Parteibewegung.

John Jahre! Der Beginn des neuen Jahres ist für den Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die „Arbeiter-Zeitung“, zugleich der Tag seiner Jubiläumfeier. Am 1. Januar 1895 erschien die „Arbeiter-Zeitung“ zum erstenmal, erhielt die österreichische Sozialdemokratie die erste Tageszeitung. Schwer sind gewiß die Stunden, die wir in der Vergangenheit durchgemacht haben, aber schon der Umstand, daß unsere österreichische Bruderpartei, mit der wir so viele, nicht bloß politische, sondern auch persönliche Beziehungen verbinden, sich vor zwei Jahren zum erstenmal in die Lage versetzt wurde, sich eine Tageszeitung zu schaffen, weist darauf hin, um wieviel ungünstiger noch die Zukunft sein, unter denen unsere österreichischen Brüder zu kämpfen haben. Die Mißere der vollkommenen Verhinderung des Staatslebens lautet schwer auf den Völkern Österreichs und erschwert auch den kämpfenden Proletariat seine Arbeit. Dazu kommt eine in vielen Beziehungen noch hinter anderen zurückstehende Gesetzgebung in Beziehung auf die Ausübung weiblicher Rechte, die nur gemildert oder unter Umständen noch noch verbessert wird durch die Schlämperei. So ist heute noch das Reichsgesetz Österreichs weit ungeliebter als das doch gewiß richtigerweise freigelegte des Reiches, und vor zehn Jahren erst wurde durch eine kleine Reform des Reichsgesetzes überhaupt erst die Möglichkeit der Schaffung einer sozialdemokratischen Tageszeitung gegeben. Und trotz der noch geliebteren Politik des Stempels, des Steuerertrages, des objektiven Verfahrens gingen die österreichischen Genossen fort daran diese Möglichkeit auszunutzen und schufen ihr Blatt.

Mit Kraft, Feuer und Geduld hat die „Arbeiter-Zeitung“ in diesen zehn Jahren gewirkt und gewirkt für die Interessen des Proletariats, und wenn auch selbstverständlich die Bedeutung einer sozialdemokratischen Zeitung wuchs in der Bedeutung der Partei, die hinter ihr steht, deren Sprachrohr sie ist in der aufopferungsvollen Tätigkeit aller Parteimitglieder, so darf doch darum das Verdienst der Männer, denen die Redaktion der Zeitung übertragen ist, nicht gering geschätzt werden. Der individuellen Leistung der Redaktion sind auch in der sozialdemokratischen Partei genügend weite Grenzen gesetzt zu guter oder schlechter Befolgung. Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aber, die noch dazu mit der Besonderheiten des Wiener Journalismus zu rechnen hat, um so man das Zeugnis ausstellen, daß sie ein gutes Blatt ist. Sie ist es geworden, nicht nur ein gutes Parteiblatt, sondern eine gute Zeitung überhaupt zu werden. Eine Zeitung, die die Interessen der Proletariats im allgemeinen, der sozialdemokratischen Partei im besonderen tapfer und trefflich vertritt, und die man gerne liest. Wir bringen unsere besten Glückwünsche zu weiterer Gedeihen dar. Die erste Nummer des neuen Jahrgangs ist als Feiernummer im „Arbeiter-Zeitung“ erschienen. Redakteur: Wollmar, Wanderfeld, Vailant, Herr, Dazginski, Kemeck, Oda Lerba und einer großen Zahl österreichischer Parteigenossen.

Soziales.

Die Genossenschaft der Schneider in Jena, die im Anschluß an den im Frühjahr d. J. ausgetragenen Lohnkampf begründet wurde, ist nun perfekt geworden. Nach der Veröffentlichung des Amtsgerichts Jena über die Genossenschaft den Titel „Produktivgenossenschaft der Schneider in Jena. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haft-

Genilleton.

Nachdruck verboten

Pastor Klinghammer.

Wort von Wilhelm Hegeles

(94. Fortsetzung)

Pflichtlich wurde die Tür geöffnet, und Marianne trat lebhaft ein.

„Ja, Sie sind hier, Herr Pastor? Das wußte ich gar nicht. — Aber warum sitzt Ihr denn im Dunkeln?“ Während sie Erbslöhs Hand ergreift, wandte sie sich an das Dienstmädchen hinter ihr.

„Stellen Sie die Lampe auf den Tisch! — Aber doch nicht gerade auf den Brief da.“

Sie zog schnell den offenen Bogen beiseite. Jemand ein Wort darin mochte ihr auffallen. Mit großen Augen starrte sie die Schriftzüge an.

„Was? — Von — ? — Und das unterschreibt Du?“

Sie sah auf ihren Mann. Auf Erbslöhs. Da stand nebenan die Wanduhr an zu schlagen. Unwillkürlich horchten alle drei. Fast mit dem letzten Schlag begann es vom Kirchthurm drüben zu läuten.

„Darf ich auch mal lesen, was Du unterschrieben hast?“

„Ich kann nicht anders,“ murmelte Daniel.

Erbslöhs l. s. Ein großer Ernst lag auf seinem Gesicht, als er den Brief weglegte.

„Ich beneide Dich nicht um Deinen Glauben. — Leb wohl!“

Marianne folgte ihm. Sie war todbleich. Als er auf dem Gang seinen Hut nehmen wollte, hielt sie ihn fest.

„Gehen Sie jetzt nicht! Ich muß mit Ihnen sprechen.“

Sie wies nach der Tür ihres Zimmers und sagte lebhaft, mit flüsternder Stimme:

„Daß er so ist, daran bin ich schuld.“

„Sie?“

„Ja, ja, ich. Ich hab ihn dahin gebracht.“

Sie zog Erbslöhs nach sich in ihr Zimmer. Während sie einen Haufen Leinwandzeug beiseite räumte, setzte sie sich in die

Ecke des Sofas, indem sie ihr Gesicht mit der Hand verbarg. Erbslöhs saß ihr schweigend gegenüber.

„Ich verstehe Sie nicht, Frau Klinghammer,“ sagte er nach einigen Augenblicken. „Sie hätten ihn dahin gebracht?“

„Ja, ich.“

Sie beugte sich vor, daß ihr Atem fast sein Gesicht berührte.

„Damals habe ich nicht auf Sie gehört. Ich wollte ihn trotzdem verlassen und zu seinem Bruder. Am nächsten Morgen habe ich's ihm gesagt. Und da hat er — es heißt, sein Bruder hätte sich ertränkt —“

Sie griff nach Erbslöhs Hand und umpreßte sie in wilder Angst.

„Er hat ihn umgebracht.“

Durch das dunkle Zimmer fiel plötzlich ein rechtzeitiger Lichtschein von der angezündeten Laterne draußen. In dieser gelben, zitternden Lichtflut saßen die beiden sich gegenüber und horchten sich mit geflüsterter blaffen Gesichtern an. Lange Zeit wagte keiner ein Wort zu sagen.

„Er muß ihn im Streit erschlagen haben. In demselben Abend noch, als ich mit ihm sprach. Dann hat er den Leichnam in die Schwalm geworfen.“

„Woher wissen Sie das alles, Frau Klinghammer?“

„Von ihm selbst.“

„Von ihm?“

„Er spricht davon im Schlaf. Er schreibt es in seinen Briefen, zwischen den Zeilen. Es beschäftigt ihn Tag und Nacht. Er kennt nur noch dies Eine. Wenn man das nicht weiß, versteht man ihn nicht. Aber wenn man es weiß, versteht man ihn sofort. Es hat ihn vollständig verändert. Jede Handlung, jeder Gedanke bekommt sein Aussehen nur dadurch. Verstehen Sie das?“

Erbslöhs schüttelte den Kopf.

„Und seitdem ich weiß, wie es mit ihm steht, denke auch ich nur an dies Eine. Wie kann ich ihm helfen? Ich habe ja ebensolche Schuld wie er. Ich habe mehr Schuld. Durch mich ist er so weit gekommen. Ich will aber mit ihm teilen. Ich hab' nur den einen Wunsch, daß wir das Jurdarbare gemeinsam tragen. Aber wie kann ich ihm helfen?“

Erbslöhs machte eine hoffnungslose Bewegung.

„Das ist so furchtbar — ich kann das nicht glauben.“

„Und doch ist kein Zweifel möglich.“

Wieder verankerten sie in Schweigen, als wenn das Entsetzen ihr Hirn und ihre Zunge lähnte.

„Sagen Sie mir — wie kann ich ihm helfen?“

„Wenn es wirklich so ist, dann — ich weiß dann nur eine Hilfe.“

Marianne stöhnte leise.

„Was soll das sein?“

„Dann muß er die Wahrheit eingestehen.“

„Und dann?“

„Und dann die Folgen auf sich nehmen.“

Sie ließ den Kopf sinken und verzehrte in Schweigen

Es war ihr eigener Gedanke. Es war das, was auch, die fort während beschäftigte, traben er sprach, wenn er sich etwas glaubt, und nachts, wenn er schlief.

„Sie meinen, er sollte sich selbst den Vorwurf machen?“

„Das meine ich.“

„Wissen Sie auch, was das heißt? — Und wenn er selbst

es wollte, ich würde mich ihm zu Füßen werfen und sagen:

„Du's nicht!“ Hat er sein Vergehen nicht begangen, so ge-

bührt! Und wenn's nach Recht und Gerechtigkeit sein sollte, dann

müßte ich ärger bestraft werden als er. Das ist mir frei

aus. — Das ist 'ne Farce, das ganze Ver-

„Frau Klinghammer, Sie fragten, wie ich ihm helfen

wäre? — Ich weiß keine andere Hilfe.“

„Ach, wenn er nur zu mir Vertanen gäbe! Aber er

hört mich von sich. Es ist, als wenn er meinen Anblick nicht

extragen könnte. Er hat keinen Menschen aus der Welt —

keinen Menschen.“

Sie stützte den Kopf auf. Ihre Stirn war von Schmer-

gen zerrissen.

„Die Qualen, die er leidet! Ich glaube manchmal, sein

Verstand geht darüber in Stücke. — Was war das?“

Sie fuhr zusammen. Die Haustür war ins Schloß

gefallen. Gleich darauf schenkte sie auf der Straße einen

dunklen Schatten, der den Abenddamm überschritt. Marianne

leitete ans Fenster und erkannte im Schein der Gaslaternen

pflicht." Sie der Genossenschaft ist Jena. Die Wohnung befindet sich vom 18. Dezember 1904. Gegenstand des Unternehmens sind die Herstellung und der Verkauf von Herren- und Damengarderobe, Hand- und Kleider- und Kleiderstoffen sowie allen Bedarfsartikeln des Schneidergewerbes auf gemeinschaftliche Rechnung. Die Kapitalsumme beträgt 25 (fünfundzwanzig) Mark. Die höchste Zahl der Geschäftsteilhaber beträgt 1000. Mitglieder des Vorstandes sind: Ernst Robert Schneider, Schneider; Friedrich Ernst Vaul Lehmann, Schneider; August Paul Schöps, Schlosser; in Jena. —

Die Verteilung der Lebensmittelpreise in Preußen. Die „Statistische Korrespondenz“, das offizielle Organ des preussischen Statistischen Amtes, bringt eine Zusammenstellung der Lebensmittelpreise im Jahresdurchschnitt für die letzten 25 Jahre (1879—1903). Die Zahlen sind auf Grund der Marktberichte, die in einer Anzahl Städte von den Ortsbehörden zusammengestellt werden, gewonnen. Die Zuverlässigkeit dieser Marktberichte ist keineswegs unanfechtbar, da die Erhebungen nicht mit der nötigen Genauigkeit gemacht werden, und die Einheitlichkeit dabei viel zu wünschen läßt, besonders was die Bestimmung der Qualität anbetrifft und die Angaben für welche Mengen die Preisfänge gelten. Letzteres ist von besonderer Wichtigkeit, da für den Konsum der Massen nur die Preise in Betracht kommen, die beim Einkauf von minimalen Quanten — 1/2 Pfund und noch weniger Fleisch oder Butter, einzelne Eier usw. — gelten, während bekanntlich beim Einkauf größerer Mengen, wie sie eine „gut bürgerliche Familie“ macht, sich die Preise ganz wesentlich niedriger stellen. In dessen besitzen die Zahlen jedenfalls einen relativen Wert, insofern es sich um die Preisbewegung nach oben oder nach unten handelt. Aus der Zusammenstellung, die wir der „Leipziger Volkszeitung“ entnommen, ergibt sich nun, daß nur die Weizenpreise etwas zurückgegangen sind, während alle übrigen Lebensmittel, ganz besonders Fleisch, Butter und Eier, ganz bedeutend im Preise gestiegen sind. Es kosteten ein Kilogramm Fleisch mittlerer Qualität, ein Kilogramm Butter, ein Schaf Eier (60 Stück) auf den preussischen Märkten im Kleinhandel:

Jahr	Rindfleisch	Schweinefleisch	Kalb- fleisch	Hammel- fleisch	Eier Butter	Eier pro Schaf
1880	114	122	98	108	220	323
1890	126	130	117	121	220	352
1900	126	129	126	126	224	383
1901	127	138	128	123	227	388
1902	131	148	133	132	226	386
1903	133	148	137	136	226	385

Nicht man — um die Jahresschwankungen auszugleichen — aus den Jahrespreisen die Durchschnittspreise für das erste und das letzte Jahrzehnt der Reihe nach (1879—1888 und 1899—1903), so ergibt sich eine Steigerung des Preises für Rindfleisch von 10 Prozent, Schweinefleisch um 10,5 Prozent, Kalbfleisch um 32 Prozent, Hammelfleisch um 18 Prozent, für Eier und Butter um über 20 Prozent.

Angehts dieser horrenden Preissteigerung haben aber die „Volksbestreiter“ und eine hochwachtvolle Regierung die Stirn, die Hölle auf Erden zu erheben, wodurch unfehlbar für das nächste Jahrzehnt eine weitere Preissteigerung eintreten muß. Jeder Fleck auf dem Weg auf die Preise der Lebensmittel bedeutet eine Wunde an der Kehle des Volkes. Der Proletariat, der diese Preise nicht ertragen kann, wird gezwungen, zu Surrogaten zu greifen oder den Landsturm enger zu spannen, die heranwachsenden Proletariatkinder verfallen unfehlbar der Unterernährung und dem Elend.

Rönnlich privilegierte Vorkursen der Prostitution. In den Tagen der überkommenen sittlichen Entartung aller Vorkursen — Antiquar — der Prostitution in der letzten Zeit als einem Buch des bekannten Antiquarhistorikers und schweizerischen Staatsarchivars Dr. Arthur Senne am Rhein, das der „Vorwärts“ wiedergibt. Dieser schreibt in dem Buch „Sünden der Sittenspolizei“ (Leipzig, W. G. Spehr, 2. Aufl.):

„Es besteht in Berlin, um den mehr und mehr ins Stodden geratenden Zugzug neuer Kräfte für das Corps de Ballet zu sichern, eine von der Generalintendant der königlichen Schauspielereinsparnisse und mit bedeutenden Mitteln ausgestattete sogenannte Ballettschule. Mithin findet eine Wucherung der Typographen statt, bei deren Erhaltung man unwillkürlich an einen Remonte-

... erinnert wird. Diejenigen Kinder nämlich, deren Angehörige entweder durch gewisse Schönheitsfehler oder durch „Erfolg“ von Aspirantinnen aus ihrem Ort auf die Vergünstigungen der Ballettschule aufmerksam gemacht worden sind und ihrem hübschen Fleisch und Blut gern den milchlosen Eintritt in eine „höhere“ soziale Stellung verschaffen möchten, werden im Weisheit der an der Sache und für die Sache Interessierten (!) durch den Theaterarzt in betreff der Zuverlässigkeit der Fäule, der Fesselgelenke, der Arnie, der Figur, sowie — falls genügende Auswahl vorhanden — auch selbst des Profits untersucht. Die geeignet Befundenen werden sodann zu bestimmten Familien in Kost gegeben und unter sich trotz „Schulzwang“ und „Allgemeiner Ministerialbestimmungen“ etwa zwei Stunden täglich aufs notdürftigste im Lesen, Schreiben, Rechnen und in französischer Kunstsprache (in Religion gar nicht), in gymnastischen und Tanzübungen dagegen bis zum Ueberdruß unterrichtet. Auf die Frage: „Was wird aus diesen Mädchen?“ antwortete dem Berichterstatter der Begleiter einer Schar dieser ... Mädchen (von 9 bis 11 Jahren!): „Dreiviertel der selben gehen unter!“ Wahrscheinlich aber gehen alle unter. ...“

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Konflikt auf Zeche Bruchstraße. Bis zum 3. Januar sollte die Verwaltung der von der Belegschaft gewählten Kommission Antwort über ihre Entscheidung zukommen lassen darüber, ob sie auf die Schlichtungsverlängerung verzichte oder nicht. Die Verwaltung hat heute aber ausweichende Antwort gegeben, die gestellte Frist sei zu kurz gewesen. Daraus hat die Verwaltung den Bescheid erhalten, die Frist zur Beantwortung sei bis zum 5. Januar verlängert worden. —

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Bäckergehilfen in Berlin rufen sich, bereits zu einem etwa ausbrechenden neuen Kampfe. Anlaß für sie gab dazu die Gründung eines Schutzverbandes durch die Arbeitgeber. Zunächst wurde beschlossen, die Hilfe der Meister, die die Forderungen innehalten, auch weiter noch allmonatlich einmal zu veröffentlichen, da der Boykott noch keineswegs aufgehoben sei. Weiterhin stimmte die Versammlung einem Antrag zu, dessen Zweck es ist, einen Fonds zu schaffen, aus dem in einzelnen Straßen, die bei einem neuen Lohnkampf ohne Bäder sind, in denen die Forderungen bewilligt wurden, eigene Bäder errichtet werden sollen. Es werden zu diesem Zweck Aufschneide über 5 und 10 Mark angesetzt werden. Diese jenen mit 2 1/2 Prozent verzinst werden und für 5 Jahre unfindbar sein. —

Sicherheitsbehörde oder Unternehmer-Bureau?

Die Bauunternehmer in Pritzsch streben, wie der „Stettiner Volksbote“ mitteilt, mit allen Mitteln danach, den Zentralkonferenz der Maurer am Orte unmöglich zu machen; sie beschränken sich dabei nicht nur auf erlaubte Mittel, sondern üben den schamlosen Terror gegen die Verhandlungsglieder aus. Und beifällig ist ihnen dabei die — Polizei! Wer Verhandlungsglieder ist, bekommt nicht eher Arbeit, als bis er von der Sicherheitsbehörde eine Bescheinigung etwa in folgender Form vorlegen kann:

Die Polizei-Verwaltung.
Pritzsch, 12. September 1904.
Der Maurer R. A. zeigte heute an, daß er den Austritt aus dem Verbands der zentralisierten Maurer noch heute anmelden werde. Dies wird hiermit bescheinigt.
(Stempel.) J. A. gez. Mielke.

Wie kommt die Polizei dazu, solche Bescheinigung nicht über irgend eine vollzogene amtliche Handlung, sondern eine völlig private Absicht zu erteilen? —
Nebenbei ist auch dafür gefordert, daß jeder Maurer es nicht bei der bloßen Absicht zum Austritt beläßt oder aber nach erfolgtem Austritt etwa der Organisation wieder bei-

treten kann. Am Abend des 12. November wurde ein Maurer von einem Unternehmer entlassen. Bei der Entlassung wurde ihm gesagt, daß er zwar am 1. September aus der Organisation ausgetreten sei, am 12. September sich aber wieder — an gemeldet habe. Wie der Unternehmer das erfuhr? Nun, am demselben Tage, an dem die Entlassung erfolgte, hatte ein organisierter Arbeiter auf dem Bureau der Pritzcher Polizei zu tun, da trat ein bei dem in Betracht kommenden Bauunternehmer beschäftigter Lehrling ein und sagte dem Polizeisekretär:

Die Leute sagen, sie sind alle aus dem Verbands ausgetreten. Das glaube ich nicht und möchte ich mich hier von überführen.

Der Herr Techniker wurde nicht hinausgeworfen. Die Auskunftserteilung erlitt nur eine kleine Verzögerung dadurch, daß der Herr Polizeisekretär erst das Mitgliederverzeichnis hervorjuchen mußte; er bewilligte aber, dies zu tun. —

Diesem Zwecke also dienen die der Polizei eingereichten Mitgliederverzeichnisse in — Pritzsch! Sie sind nicht überflüssig, wie der eine oder andre wohl denken mag; sie modern nicht still in verschwiegenen Aktenschranken. Nein, sie liegen jederzeit bereit, den Interessen des Unternehmertums dienstbar gemacht zu werden!

Die Pritzcher Maurer haben Beschwerde geführt gegen diese Preisgabe des polizeilichen Amtsgeheimnisses an das Unternehmertum; sie weigern sich auch, der Behörde weiterhin noch Auskunft über ihren Mitgliederstand zu geben, solange ihnen keine Verjährung der Polizei für die Zukunft garantiert ist. Die Pritzcher Maurer haben recht. Aber eine Pritzcher Polizei ist nur möglich bei der preussischen Vereinigungsgesetzgebung, und ist nur möglich, solange bei uns die Polizeibureaus gleichzeitig Unternehmertumsbureaus sind.

Ob die Unternehmer sich auf der Polizeiwache Aufkünfte oder billige uniformierte Streitposten holen; beides ist den Arbeitern im Lohnkampf und im Kampfe für ihre Organisation gleich unangenehm und eins wie das andre. Charakterisiert sich als Stellungnahme gegen die Arbeiter und für das Unternehmertum. In dieser Parteimaße leistet die Polizei auch außerhalb Pritzsch Vortreffliches. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Januar 1905.

— Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs.

Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug vom 18. bis 24. Dezember 1904 die Zahl der Lebendgeborenen 88, der Gestorbenen 80 (darunter an Diphtherie und Krupp 1), von auswärtig Zugezogenen 410, nach auswärts Fortgezogenen 400, mit unbekanntem Ziele —, innerhalb der Stadt Umgezogenen 638. Die Zahl der polizeilich angemeldeten Fremden betrug 1041.

Die berechnete Bevölkerungszahl stellte sich am 1. Dezember folgendermaßen: Altstadt 92 288, Mittelstadt 26 872, Friedrichstadt —, Werder 9408, Sudenburg 32 561, Neustadt 49 438, Buckau 25 557, zusammen 236 123 Personen. —

Die Lohnzulagen bei den städtischen Arbeitern. In einer gedruckten Vorlage ist nunmehr der Stadtkonferenz-Vorstand der Magdeburger über die vorzunehmenden Lohnzulagen bei den städtischen Arbeitern zugegangen. In einem langen Vorwort versucht der Magistrat den Nachweis zu erbringen, daß er sich in punkto der Entlohnung seiner Arbeiter nicht nur seiner Unterlassung schuldig gemacht, sondern im Gegenteil alles getan hat, um fortgesetzt die Lage der ihm in Lohn und Brot stehenden Arbeiter in „angemessener“ Weise zu verbessern. Der Umstand, daß die durchschnittlich gezahlten Tagelohnsätze für ungelernete Arbeiter (3,03 Mark) etwas über den für die Zwecke der

waren Mann, der zögernd stehen blieb, als wenn er zweifelte, wohnt er gehen sollte.

„Ich muß ihm nach.“
„Sie werden ihn nicht mehr einholen.“
„Ich habe immer Angst, daß er sich ein Leid antut.“
Sie lief aus dem Zimmer. Erbsüß half ihr den Mantel anziehen. Als sie auf die Straße traten, sahen sie ihn um die Ecke blicken.
„Ich will Sie begleiten.“
„Nein, gehen Sie! Wenn er uns zuwachen sieht, könnte er ein Komplotz.“
„Aber können Sie denn allein gehen in Ihrem Zustand?“
„Ach, mein Zustand! — Mein Zustand ist gefährlich.“
Sie gab ihm die Hand und drängte ihn fort. Dann folgte sie häufig ihrem Mann.
(Fortsetzung folgt)

Die moderne Landschlacht.

In der „Frank. Zig.“ finden wir von ihrem stehenden Korrespondenten folgende lehrreiche und zugleich hübschen erzählende Schilderung einer modernen Landschlacht:

Ein merkwürdiges Kennzeichen einer modernen Schlacht ist die gegenseitige Einander, fortsetzen, nie zu Ende gekommen. Es ist schon viel, wenn man von der Stelle, wo man sich befindet, einen Überblick über einen größeren Teil der Schlacht hat. In der Regel sieht man nämlich — die Artillerie und die Infanterie stellen ihrer Projektile. Ein Mann mit einer starken Feldflasche einige feindliche Geschosse der Länge hinüber werfen von der feindlichen Stellung. Die Infanterie des Gegners ist im Feuer, oder erbellt diese letzte Stellung und Rauch stellen von ihrer Batterie gesehen, so kann man sich von Göttern freuen. Je näher man sich an die Gefechtslinie herantastet, desto kleiner wird das Beobachtungsfeld. In der Schlacht liegen die Soldaten jeder nicht viel mehr als den Rücken über den Rücken oder die Schultern auf der Erde, so sie liegen. Nicht man aber einen weit entfernten hochliegenden Ort an, um nach zu sehen, zu werden die Einzelheiten zu sehen; und dieses, und nur das Artilleriewerk gibt dem Auge das Bild der Schlacht, das die Hand hat, die von einem Mann, welcher ein Geschütz auf dem gekämpft wird.

Die Kavallerie tritt während der Schlacht nicht in Erscheinung: sie spielt wohl überhaupt nur eine Rolle bei Retragungs- und Verordnungen. Wir ist nicht ein einziges Beispiel bekannt, daß die Reiter von ihren Lanzen Gebrauch gemacht haben. Die Infanterie liegt in Schützengräben oder an anderen Stellen, wo sie möglichst gute Deckung finden kann, und sie sucht nach einem Ziel, das in 80 bis 100 Rollen unfehlbar ist. Die Artillerie steht in einem Graben oder hat sich in hohen Kornfeldern verdeckt oder ist von Hügel- und Höhenzügen bedeckt, so daß von der ganzen Bedienung der Batterie nur ein einzelner Offizier oder zwei bis drei einigermassen richtige Orientierung von der Stellung des Feindes machen können. Da außerdem auf jeder großen Strecke geschossen wird — in der letzten großen Schlacht wurden von beiden Seiten die Feuer des feindlichen Heeres gegen 10 Kilometer — so ist es selbstverständlich auch den höchsten Kommandierenden unmöglich, sich auf Grund von persönlichen Beobachtungen einen Überblick über den Verlauf der Schlacht zu verschaffen. Das kann nicht einmal der Divisionskommandeur, geschweige denn der Korpskommandeur oder gar der Oberbefehlshaber. Die kommandierenden Generale wissen sich nur eine Meinung von der Entwicklung der Begebenheit auf Grund der schriftlichen und mündlichen Meldungen bilden. Und nur der, welcher vorwärts die gemachten Dispositionen kennt und dann Gelegenheit bekommt, hat mit der nach und nach einlaufenden Rapporten Kenntnis zu machen — nur er und er allein ist imstande, ein Urteil zu fällen oder eine der Wichtigkeit entsprechende Zerschlagung von den Begebenheiten zu geben. Deshalb ist es der reine Humbug, wenn Juchacz — Militärattachés oder Kriegskorrespondenten — sagen sie noch so wahrheitsgemäß vorgebildet sein, sich vermaßen, die Meinung einer Schlacht, von der sie „Augenzeugen“ gewesen sind, zu äußern. Die Wahrheit ist, daß die Truppen, die große Mehrheit der Offiziere und ganz besonders die Zuschauer weder die Dispositionen noch die Lage kennen, auf der diese getroffen werden und daher in keiner Weise befähigt sind, ein Urteil über die Auswirkung zu fällen.

Die zu dem Kampf einschließenden Momente werden tatsächlich von Beobachtern derselben bekannt; dasselbe gilt von der Richtung des Feuers. Wenn man Zuschauer auf japanischer Seite sofort ihre Ansicht von der Treffsicherheit der Japaner äußern, oder wenn andere auf russischer Seite die Treffsicherheit der russischen Artillerie hervorheben, so ist das letztes Geschwätz und nichts weiter. Denn erst in dem Ergebnis des Kampfes und in den wahrheitsgetreuen Verlustlisten erhält man jene Anhaltspunkte für die Beurteilung der am Kampfe beteiligten Artillerie. Der beim Kampfe einen Raum zugehen ist und die Explosion des Projektils in einer Entfernung von vier bis fünf Kilometer sieht, weiß, daß wenn er über der Artillerie wäre, ebensol nicht von der Seite des Geschützes im Feuer des Feindes. Deshalb schreiben die Militärattachés erst ihre Berichte, wenn sie eine Menge Einzelheiten,

nicht zum wenigsten aus den veröffentlichten Rapporten des Feindes geklärt haben, während die Kriegskorrespondenten, die sich an die Tatsachen halten wollen, sich damit begnügen müssen, ihre persönlichen Eindrücke wieder zu geben, so zerstreut und zufällig sie auch oft sein mögen.

Nur nicht nur die weite Ausdehnung, und der große Abstand zwischen den kämpfenden Heeren sind die Kennzeichen einer modernen Landschlacht; sondern auch ihre Einseitigkeit. Das Auge nimmt somit nur sehr wenige Eindrücke auf. Die Schrägen haben eine auffallende Ähnlichkeit miteinander. Die 700er Granate explodiert genau ebenso, wie die erste, die man mit dem größten Interesse beobachtet. Die Truppen des Heeres, zu dem man gehört, liegen entweder ruhig in ihren Schützengräben oder bewegen sich langsam durch das Korn, das Gebüsch oder hinter einer Deckung, die das Gelände darbietet. Der Bajonettkampf findet in präzi nur in der Dunkelheit statt. — Die stärksten Eindrücke werden durch das Ohr aufgenommen. Eine moderne Schlacht ibleh sich mit dem größten Lärm ab, da die Artillerie jezt auf Höhen der andern Waffengattungen die Hauptrolle spielt. Aber ebenso wie die Salven der Infanterie den ganzen Tag hindurch und von einem Mal zum andern immer dasselbe Geräusch hervorbringen — ein trocknes Rauschen, als ob Kies auf eine Metallplatte geworfen würde — ebenso wenig Abwechslung ist in dem brutalen Geschall und dem lange nachjitternden Gedröhre der Geschütze zu finden. Man gewöhnt sich daran, wie an das Rollen der Arbeitswagen vor seinem Hause.

Und dann die Opfer des Krieges — die Toten und die Verwundeten! Es ist merkwürdig, aber wahr, daß die Stärke und Tiefe des Eindrucks durch den Umfang des Unglücks abge-schwächt wird. Erst wenn es möglich ist, einzelne aus der großen leidenden Masse auszuscheiden, wird man von dem ganzen Jammer des Krieges gewedt. Steht man während der Schlacht lange Reihen von Tragscharen oder Soldaten, die mit verbundenen Armen, Händen oder Köpfen an einem vorüber gehen, so glaubt man etwas Menschliches schon gesehen zu haben, und man war auf diesen Anblick vorbereitet. Das sind also die Verwundeten — denn natürlich gibt es Verwundete, wenn Krieg ist. Ihr Anblick hat aber nichts Entsetzliches. Es ist ein Irrtum, die Schlacht als ein Schloß an zu schildern, wo Ströme von Blut fließen. Die Wunden, die durch die neuen Schußwaffen entstehen, erscheinen meistens nur als kleine, rote Flecke oder als Löcher, die von einer Aufschwellung umgeben sind; in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle ist der Blutverlust gering. Außerdem können die sogenannten „liegenden Sanitätskolonnen“ und vor allem die Kameraden meistens die Verwundeten nach einer in unmittelbarer Nähe des Schlachtfeldes befindlichen Ambulanz bringen, bevor sie eine größere Menge Blut verloren haben. Deshalb sieht man keine Ströme von Blut und keine unheimlich fließenden Wunden. Die Verwundeten, die weggetragen werden müssen, sind sorgfältig zu-

Verkehrswege... (Text about transport routes and infrastructure)

Unter Berücksichtigung der im vorstehenden erwähnten Tatsachen... (Text about administrative matters and labor regulations)

1. der Garten- und Viehhofverwaltung: Angelernte Arbeiter mit vermindelter Arbeitsfähigkeit... (List of labor categories and wages)

2. der Straßeneinigung: a) 32 Straßenseger mit vermindelter Arbeitsfähigkeit... (List of labor categories and wages)

3. der Baudeputation 3: Es sollen erhalten: Gleisarbeiter 2,00 Mtl. Mindestlohn... (List of labor categories and wages)

4. Hafenerwaltung: 1. Untergruppe: 27 Arbeiter 2,70 bis 3,00 Mtl.; 2. Untergruppe: 6 Schranken- usw. Wärter 3,00-3,43 Mtl. (List of labor categories and wages)

5. Kanalbetrieb: Von 30 ungelerten Arbeitern erhalten 5 Handlanger 3,25 Mtl. die 25 übrigen 3,50 Mtl. (List of labor categories and wages)

6. Fabrikbetrieb: 15 Stammarbeiter: 3 Mtl., Hilfsarbeiter, die nur vorübergehend bei größerem Güterandrang beschäftigt werden... (List of labor categories and wages)

7. Straßeneinigung: Von 63 Straßensegern mit vermindelter Arbeitsfähigkeit erhalten 32 2,25 Mtl., 31 2,50 Mtl., 20 vollkräftige Straßenseger 2,75 Mtl., 27 Fahrer 3,00-3,25 Mtl. (List of labor categories and wages)

8. Schlacht- und Viehhof: Angelernte Arbeiter 2,70-3,20 Mtl., ungelerte Arbeiter mit erhöhter Verantwortlichkeit 2,90 bis 3,40 Mtl. (List of labor categories and wages)

1. jeden so lange als 4 Jahre ununterbrochen im hiesigen Dienste beschäftigt sind, den an 1/4 ihres Lohnes (lebenden Betrag); 2. jeden der ununterbrochen 20 Jahre 6 Jahre übersteigt, den am vollen Lohn lebenden Betrag... (Text about pension regulations)

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes items like 'Vertretungskosten für beurlaubte Arbeiter', 'Krankengeldzuschuß für erkrankte Arbeiter', etc.

Danach stellt sich der Gesamtabschluss folgendermaßen: Die Sollausgabe für 1905 ist umgekehrt 118 123,50 Mtl. (gegen 157 172,60 Mtl. im Jahre 1904); Einnahme 113 000 Mtl. (gegen 117 007,63 Mtl.)... (Summary of financial statements)

Nach eine Verifikation. Von einem Arbeiter der Firma John Fowler u. Co. erhalten wir folgende Aufzählung: „Auf den Artikel der „Volksstimme“ vom 20. Dezember... (Text about a verification of a worker's statement)

Wenn ein vorstehendes auch nicht von unserer Seite bestätigt werden wird, so ist es doch sehr bezeichnend, daß sich der dreijährige „diesjährige Vergütungsbeirat“ anmaßt... (Text about a dispute with a worker's committee)

Der diesjährige Vorstand. Wenn ein vorstehendes auch nicht von unserer Seite bestätigt werden wird, so ist es doch sehr bezeichnend, daß sich der dreijährige „diesjährige Vergütungsbeirat“ anmaßt... (Text about a dispute with a worker's committee)

Provinz und Umgebung.

Zur Reichstags-Wahl in Calbe-Mischerleben.

Platz und der Bund der Landwirte. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, schreibt: „In einigen Mittern finden die Mitteilungen, daß der Bund der Landwirte im Wahlkreise Calbe-Mischerleben sich für die Kandidatur des Herrn Obermeisters Rahardt erklärt habe... (Text about a political election in Calbe-Mischerleben)

Diesdorf, 4. Januar. (Mühen die Be.) Der bekanntlich sehr wohlhabende, bereits wegen Jagdvergehens verurteilte Mühlenbesitzer Gustav Lücke zu Diesdorf... (Text about a local incident in Diesdorf)

Braunschweig, 3. Januar. (Frau Major v. Sydow vor dem Reichsgericht.) Die Revision der Frau v. Sydow im 92. Infanterie-Regiment zu Braunschweig... (Text about a legal case in Braunschweig)

einmal... (Text about a legal case or administrative matter)

Salzstadt, 3. Januar. (Aus dem Staatsparlament.) Die Einführung der neuen Stabsverordnungen war heute von lebhaftem Interesse... (Text about military regulations in Salzstadt)

Oberrhein, 3. Januar. (Aus dem Staatsparlament.) Die Einführung der neuen Stabsverordnungen war heute von lebhaftem Interesse... (Text about military regulations in Oberrhein)

Salzstadt, 3. Januar. (Die ausgesperrten Tabakarbeiter) haben abermals einen Antrag an das Einigungsamt gestellt... (Text about a labor dispute in Salzstadt)

Salzstadt, 3. Januar. (Die ausgesperrten Tabakarbeiter) haben abermals einen Antrag an das Einigungsamt gestellt... (Text about a labor dispute in Salzstadt)

Salzstadt, 3. Januar. (Die ausgesperrten Tabakarbeiter) haben abermals einen Antrag an das Einigungsamt gestellt... (Text about a labor dispute in Salzstadt)

Salzstadt, 3. Januar. (Die ausgesperrten Tabakarbeiter) haben abermals einen Antrag an das Einigungsamt gestellt... (Text about a labor dispute in Salzstadt)

Salzstadt, 3. Januar. (Die ausgesperrten Tabakarbeiter) haben abermals einen Antrag an das Einigungsamt gestellt... (Text about a labor dispute in Salzstadt)

Salzstadt, 3. Januar. (Die ausgesperrten Tabakarbeiter) haben abermals einen Antrag an das Einigungsamt gestellt... (Text about a labor dispute in Salzstadt)

Gerichts-Beitrag.

Winer Vernehmung vor dem Amtsrichter den Wendarmen Vango...

Recht gesprochen wurde der Arbeiter Heinrich Wösch hier...

Gefährliche Körperverletzung. Der Arbeiter Hermann Dammberg...

G. Sündhaftigkeit eines Amtsvorsethers. Als der Knecht Karl Wipper...

Vermischte Nachrichten.

Das Interview. Das Dementi. sagt die Wiener Zeit...

Ueber die Zeitrechnung der Japaner. Während Russland...

Siegeslieder und Dampfäder beim russischen Heere...

einige sehr schmerzhaft. Eine monotone, kloppende Melodie...

Treibende Minen. Zum zweitenmal hat das japanische Schiff...

Krankenhaus - Skizzen. Von A. R. [Redigiert von...]

Die Diakonissa erzählt mir: So ist unter denen Studenten...

Die Diakonissa. In der Abteilung für Quakranke wurden den Studenten...

Der Dursi. Auf der Abteilung für Wöchnerinnen. Eine junge Frau...

Marktberichte. Magdeburg, 3. Januar. (Mittliche Notierungen.) Die...

Viehmarkt. Magdeburg, 3. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.)...

Table with 4 columns: Location, Date, Value, and another Value. Includes sections for Wasserstände and Musbe.

*) Nichts.

werden können. Die letzte Straße, nicht 3 Jahre hoch-
hauk, wäre die mindeste gewesen, die das Gesetz zuläßt. —
Saarbrücken, 3. Januar. Auf sämtlichen groß-
industriellen Werken wurden die Arbeiter durch offiziellen
Totenklag vor dem neuen sozialdemokratischen Organ
der „Saarwacht“ eindringlich gewarnt. Die staatlichen Werke
sind aber Musterbetriebe in der Bevormundung und Ent-
rechtung der Arbeiter.

Frankreich.

Einen nationalistischen Schwabenkreis haben
sich die Pariser Stadtväter geleistet: Einer Straße sollte der
Name Emile Zolas gegeben werden. Davon wollten die
Nationalisten nichts wissen, zumal ihnen ihre Absicht, einer neuen
Straße den Namen Richard Wagner zu verleihen, gleichfalls
verweigert worden war. Nach erst nationalstischer Art wurde über-
dies die Hintertreibung der Zola-Ehrung nicht offen ins Werk ge-
setzt, sondern hinten herum, indem der Antrag durchgebrückt wurde:
Pariser Straßen den Namen Verstorbener erst 3 Jahre nach dem
Tode derselben zu geben! Ein Antrag, nach Ablauf der fünf
Jahre einer Pariser Straße sofort Zolas Namen zu verleihen,
wurde abgelehnt, da Zola dieser Ehre nicht würdig seil!

Belgien.

Das internationale Sekretariat der Sozial-
demokratie macht durch seinen Sekretär Viktor Serwy bekannt,
daß die nächste Sitzung am 15. Januar im „Volkshaus“ zu Brüssel
stattfindet. Die Tagesordnung lautet: 1. Abrechnung vom Amster-
damer Kongreß. 2. Kampagnen-Modus auf internationalen Kon-
gressen. 3. Welche Nationen sind ins internationale Bureau auf-
zunehmen? —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Januar 1905.

Von der Elbe. Von fast allen Punkten der
Ober- und Unterelbe wird starker Eisgang gemeldet. Da-
durch ist die Eis vor wenigen Tagen noch aufrecht erhaltene
Schiffahrt zum vollständigen Stillstand gekommen. Soweit
möglicherweise suchen die noch auf der Elbe liegenden
Schiffe die nächsten Eisfenster auf. Wo dies nicht angängig ist,
werden die Fahrzeuge an halbwegs sichere Stellen im Strom-
bett verankert und vertaut. Bei dem inzwischen eingetretenen
Tauwetter wird die Periode des Eisgangs bald vorüber sein.

**Ein Magdeburger Anarchistenprozess vor dem Ober-
verwaltungsgericht.** Unser W.-Berichterstatter beim Oberver-
waltungsgericht schreibt uns: „Der Anarchist Schneidermeister Rudolf
Herrmann zu Magdeburg-Sudenburg hatte zum 5. Juni nach dem
Etabliement „Zum Dreikaiserbund“ in Magdeburg eine öffentliche
Volksversammlung einberufen, wo der Anarchist Albert Weidner aus
Berlin über das Thema „Sozialdemokratie oder Sozialismus?“ refer-
rieren sollte. Der Polizeipräsident verbot jedoch die Abhaltung der
Versammlung auf Grund des § 10 II. 17 Allgem. preuß. Landrechts
(Polizeiklausel), weil die Versammlung anarchischen Zwecken habe
dienen sollen und geeignet gewesen sei, eine Gefährdung der öffent-
lichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung herbeizuführen. — Herrmann
beschwerte sich beim Regierungspräsidenten zu Magdeburg. Dieser
verwarf indes die Beschwerde mit folgender Begründung: „Der
Spezial-Verbot des angekündigten Themas sollte Albert Weidner, eine
als Anarchist politisch bekannte Persönlichkeit sein. Im Hinblick auf die Person des Einberufers und des Sprechers
sowie auch des zu erwartenden Publikums war anzunehmen, daß
die Versammlung anarchischen Zwecken diene und in derselben an-
archistische Grundsätze vorgetragen, erörtert und verbreitet werden
sollten. Diese Grundsätze bedeuften eine öffentliche Gefahr, weil sie die
Versammlungsteilnehmer in Aufregungen förderten, die schließlich zu
Verbrechen führen. Das Versammlungsrecht ist aber nach den Artikeln
29 und 30 der Verfassungsurkunde nur zu solchen Zwecken gegeben,
die den Strafgesetzen nicht zuwider laufen. Aus den Persönlichkeiten
des Einberufers und Sprechers war zu folgern, daß mit den Erörter-
ungen in der Versammlung strafgesetzwidrige Zwecke verfolgt werden
würden. Nach den allgemeinen Vorschriften des § 10 II 17 Allgem.
Landrechts ist es Pflicht der Polizei, die nötigen Anstalten zur
Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur
Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Teilen desselben bevor-
stehenden Gefahren zu treffen. Daraus resultiert sich das Verbot.“

Ein weitere Beschwerde wurde vom Oberpräsidenten ebenfalls
abgewiesen. Der Oberpräsident billigte ausdrücklich die Aus-
führungen des Regierungspräsidenten. Nimmern Klage Her-
mann beim Oberverwaltungsgericht gegen den Oberpräsidenten. Er
wurde in der Verhandlung vom 3. Januar durch H.-M. Viktor Frankel
vor dem ersten Senat des Gerichts vertreten. Der Anwalt machte
geltend, daß kein Grund vorliege, Versammlungen von Anarchisten
anders als andre Versammlungen zu behandeln. Völlends ungerech-
fertigt sei aber im vorliegenden Falle das Verbot. Eine Erörterung
der Frage „Sozialdemokratie oder Sozialismus?“ lasse weder Aus-
sicherungen befürchten, noch werde damit ein strafgesetzwidriger Zweck
verbunden.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte auch nach dem Antrag des
Anwalts dahin, daß der Bescheid des Oberpräsidenten aufzuheben und
die darin aufrechterhaltene polizeiliche Verbotsverfügung des Polizei-
präsidenten außer Kraft zu setzen sei. Der Senat geht davon aus,
daß Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht deshalb verboten
werden könnten, weil befürchtet werde, es könne zu Ausschreitungen der
zur Versammlung zusammentretenden Personen kommen. Anders wäre
es allerdings bei Versammlungen, die einem strafgesetzwidrigen Zweck
dienen sollten. Sie könnten verboten werden. Hier sei aber das Verbot
eines solchen Zwecks zu verneinen. Demnach sei das Verbot
zu Unrecht erfolgt.“

Herr Kessler wird diese außer Kraft gesetzte Verfügung zu den
süßigen legen. Wir sind aber neugierig, ob er in Zukunft die harm-
losen „Anarchisten“ ruhig gewähren und Versammlungen abhalten läßt,
oder ob er neue Wege ausfindig macht, die ihnen die Ausübung des
Versammlungsrechts erschweren.

em. Aufgehobenes Urteil. Von der Anklage der üblen Nach-
rede wurde am 14. Juni vom Landgericht Magdeburg der Re-
dakteur des „General-Anzeiger“, Albert Eilert, freigesprochen.
Gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt Revision zum Reichsgericht
eingelegt. In Nr. 83 genannter Zeitung vom 24. März 1904 war
ein Referat über eine Verhandlung beim dortigen Kriegsgericht ent-
halten, in dem es u. a. hieß, es sei gegen Reinhold Witt Schimpf vom
4. Pionierbataillon wegen Verletzung der Disziplin hinter geschlossenen Türen
habende wegen Gefährdung der Disziplin hinter geschlossenen Türen
stattgefunden. Die Sache soll mit der Fahnenflucht des Leutnant

Wittner wieder zusammenhängen, in deren Uhder die Frau nach vor-
gelegten Citations vernichtet sein sollte. Sämtliche beteiligte Offiziere
sollen wegen Verletzung ihrer Pflichten straflos gelassen werden. — Das
Rechtsverhältnis wurde aufzuheben und die Sache zur Verhandlung
vorhergehenden Verhandlung an das Landgericht Magdeburg zurück-
verwiesen. Bei der Verhandlung wurde das Verbot des Anwalts vor der
Verleumdung der Verteidigung auf die Klage des Staatsanwalts nicht
erkannt, ob dieser Punkt schon erledigt wurde. Deshalb war
Aushebung des Urteils gerechtfertigt.

Magdeburger Langhansaren. Der national-
liberale Justizrat Stern hat erkranklich die vor allem die
Väter heiratfähiger Löhner mit der nötigen Mitgift inter-
essierende Frage an den Anwalt gerichtete, ob die Magde-
burger denn bald ein Matrikel-Regiment erhalten. Ver-
sprochen wurde das den Magdeburgern in einem Vertrag
vom Oktober 1890. Gehört hat der Militärkreis kein
Verprechen aber nicht, was die Bewohner unserer Stadt, die
nicht gerade Kommerzienräte sind, nicht besonders berühren
dürfte. Dem Magistrat vorüber die Anfrage des Stadtver-
ordneten Stern die erkrankte Gelegenheit, beim Kriegs-
ministerium auf den Fuß zu klopfen und zu fragen, wann
denn das Kavallerie-Regiment nach Magdeburg komme.
Antwort hat er bisher auch nicht erhalten, obwohl er die neue
Militärvorlage, den Bau der Nordbrücke und eine einge-
tretene Verminderung der Magdeburger Garnison ins Feld
führte. Die Interessenten werden also auch am Donnerstag
in der Stadtverordnetenversammlung keine Antwort auf die bange
Frage erhalten können: Bekommen die Väter der oberen
Behörden Langhansaren oder Langkürassiere oder nicht? —

Die Neubearbeitung des Stadtbetriebs Budau. Die
Dobdendorferstraße, die in Budau an der Westseite der sogenannten
Insel und des Krupp-Grabenwerks entlang führt, ist dem 43. Stadt-
bezirk zugeteilt worden. Hierzu gehören nach Fernersterweg 5a,
Freiestraße, Grusonstraße, Helmshofstraße, Kruppstraße, Leipzigerstraße
22-47, Marienstrasse, Nordstraße, Schäferstraße, Sudenburgerstraße,
Wangelberstraße, Weststraße, Wichmannstraße. In der Dobdendorfer-
straße wohnhafte kleine Anlagen erhalten die Unterführung im Rathaus Budau
ausgeschlossen. Während nun die auf der Ostseite der Straße wohnenden
Personen bei Geburts- oder Sterbefällen die Anzeige in Budau erhalten,
müssen die Anwohner der Westseite in bezüglichen Fällen nach dem
Standesamt in Sudenburg, die bezügliche Anzeige aber in Budau
bekommen. Dieses unannehmliche Verhältnis wünschen die Anwohner wie
auch der Bezirksvorsteher beseitigt zu sehen, indem sie das Verlangen
an den Magistrat stellen, die Dobdendorferstraße in Steuer-, Standes-
amts- und Polizeianglegenheiten von der entfernteren Sudenburg abzu-
trennen und dem Stadtteil Budau zuzuschlagen. Seitens des Magi-
strats sind die Beschwerden der dortigen Anwohner für begründet er-
achtet worden. Bei Verhandlung dieser Sache in der am Donnerstag
abend um neun Uhr abgehaltenen Sitzung soll aber zugleich die Frage er-
wogen werden, ob nicht in Anbetracht der westlich von Budau neuer-
standenen Straßenzüge eine neue Abgrenzung des Budauer Stadtbetriebs
überhaupt vorgenommen werden muß. Eine diesbezügliche Vorlage ist
denn auch den Stadtverordneten bereits zugegangen. Bei dieser Ge-
legenheit wird die sozialdemokratische Stadtverordnetenaktion den An-
trag einbringen, die Sonderstellungen der zum Stadtteil Magdeburg
gehörigen Vorstädte aufzuheben und ein einheitliches Stadtgebilde zu
schaffen.

Gefundenes. Folgendes Verzeichnis der in der Zeit vom
24. bis 30. Dezember 1904 bei dem Polizeipräsidium in Magdeburg
als gefunden angemeldet Gegenstände im Werte von mehr als
3 Mark wird amtlich veröffentlicht. Die Eigentümer haben sich zur
Geltendmachung ihrer Rechte binnen Jahresfrist zu melden.
A. In Fundbureau — Neue Urlicht 4, Zimmer Nr. 61 —
Gefäß (H. S.), 1 Rückfahrkarte nach Schlade, 1 silbernes Kettenarmband.
B. In Verwahrung der Finder: 1 Wollspinn, Schüler
Schülle, Brandenburgerstr. 2a, 1 Brosche mit Photographie, Voten-
meister Klotz, Peter-Paulstr. 33, 1 Anhängergelbe mit Portemonnaie
und 2 Ringen, Polischaffner Gensel, Bismardstr. 32, 5. 1. 1. 10
Mark bares Geld, Hausmann Holle, Johannisberg 14, 1 Tr. 1 schwarzer
Wachtelhund, Wirtschaftlerin Dodhorn, Weißgerberstr. 1, 1 Tr.
1 schmutzige Schieferhündin, Ruffcher Enke, Hohenzollernstr. 6, 2 Tr.
1 Mischkane mit Inhalt, Fräulein Sittenis, Stiffstr. 3, 2 Tr.
1 Kinderwagen, Schüler Mühlberg, Grusonstr. 6, 1 Wollspinn,
Schüler Schwarzfeld, Nordstr. 1, 1 goldene Damenuhr, Ella Preis,
Martinsstr. 25, 1 Ring mit rotem Stein, Schüler Prey, Schöne-
bekerstr. 90, 1 Korallenkette, Schüler Förster, Turmchankstr. 6, 3 Tr.
1 Portemonnaie mit 5,40 Mark, Fran Niemer, Rolettsstr. 8, 5.
1 schwarze Boa, Arbeiter Winkel, Zimmermannstr. 2, 1 Siegelring, Schüler
Wölle, Lutherstr. 12, 1 silbernes Kettenarmband, Frau Vidler, Sneh-
nastr. 1, 5. part. 1 Portemonnaie mit 3,22 Mark, Hausmann Kahl-
meier, Knochenauserstr. 21, 1 Goldfeder, Arbeiter Schüler, Stein-
fuhlenstr. 7, 1 Portemonnaie mit 6,17 Mark, Verkäuferin Schulte,
Budauerstr. 3, 1 Tr. 1 goldene Brosche, Witwe Funke, Kleine Schulstr.
10, part. 1 goldene Damenuhr, Frau Pella, Anndstr. 32, 5. 2 Tr.

Zur Warnung. Der vorbeistruete Arbeiter Franz Me n d e
hierselbst, geb. 1852, erschien am 18. Oktober 1904 im Bureau des
nordischen Arbeitsnachweises und suchte Arbeit. Als ihm bedeutet
wurde, die einzige vorhandene Stellung passe nicht für ihn, machte
er dem Beamten den Vorwurf der Verantwortlichkeit. Das Hof-
gericht verurteilte M. in der Sitzung am 3. Januar zu 1 Monat
Gefängnis.

Unfälle. Der Arbeiter Karl Semmler aus Magdeburg
wurde in der Maschinenfabrik von H. Wolf in Budau von der
Bohrmaschine erfaßt und mit herumgeschleu-
dert. Er litt schwere innere und äußere Verletzungen, so daß an
seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Der Arbeiter Robert Kapp-
bach aus Jermersleben, beschäftigt in dem Expeditionsgeschäft von
Albert Rübeke Nachf. Inhaber Kragenheim, Budau, Sülzberg 4.
ist von einem Wagen gefallen, wobei er mehrere Rippenbrüche und
einen Schädelbruch erlitt. Beide Verlegte fanden Aufnahme
im Sudenburger Krankenhaus. —

Blinder Lärm. Am Mittwoch vormittag wurde die Feuer-
wehr vom Weiber „Offizierskino“ aus alarmiert. Die Meldung er-
wies sich als blinder Lärm. —

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 4. Januar 1905.

Verworfenene Verurteilung. Die Arbeiter Hermann und Otto
Neuer hier machten sich in der Nacht zum 21. September 1903 in der
„Balkhalla“ des Hausfriedensbruchs schuldig und erhielten deswegen
vom Sandgericht am 19. Januar 1904 Hermann Neuer 4 Tage
Gefängnis, Otto Neuer 3 Wochen Gefängnis. Die Verurteilungen der
Angeklagten wurden verworfen. —

Kleine Chronik.

Wieder ein Lustmord?

Unter dem schweren Verdacht, einen Lustmord verübt zu
haben, ist der 43 Jahre alte, obdachlose Arbeiter Ernst Gutz aus
Berlin in Untersuchungshaft genommen worden. Der Festungs-
nachrichtig vorher Woche kamen in die Müllerei. Einem
in Heine, ein Mann und eine etwa 30jährige Frau. Die
Frau. Der Mann erbat für sich und seine Frau
auf Strohlager, das ihnen auch erwährt und in

Strohballen gerollt gemacht wurde. Wegen der Nachtzeit wurde
gab es die beiden nach 11½ Uhr. Eine große
Wieder ein Lustmord?

Zehrerer Mord. Für weniger 34 wurde der
Waffen von Kollmann im Januar 1904 von einem
bedeutend, an Mordern zu 11 Jahren in der Haft
zu haben. Die Untersuchung wurde die Mordtat der Verur-
dungen. Am hatte der Mord in das Licht zu werfen
Aber wie es bei Mordtaten die in eine solche
sowas üblich in, erbeute man diebstahl, die der hochwürdige Herr
gefällig nicht normal sein dürfte. Er wurde also in das
nach Wendrich zur Untersuchung eines Giftzustandes gebraud
von dort ist er Mittwoch entlassen. Offenbar hat man ihn
die Flucht nicht sehr schwer gemacht. —

Belagerungen.

Die Besetzung von Port Arthur wird viel-
leicht als Kriegsgefängnis nach Japan gebracht. Wie groß
die Zahl der Kriegsgefängenen ist, steht ziffermäßig noch
nicht fest. Ebenso wenig weiß man genau, wie groß die
Garnison seit Beginn der Belagerung war, wie groß die
Zahl der Belagerer und die Verluste auf beiden Seiten.
Es ist aber von Interesse, heute auf sich eine Bela-
gerungen hinzudeuten, die Truppenstärke, die Verluste und
die Kapitulationsbedingungen.

Im Jahre 1800 wurde Genua eingeschlossen, zur
Ergänzung von den Engländern, zu Lande von 24 000 Dester-
reichern. Besetzt war die Stadt von 12 000 Franzosen
unter Massena. Die Uebergabe erfolgte nach 46 tägigem
Widerstande. Die Franzosen hatten rund 4000 Mann ver-
loren. Von den Einwohnern starben etwa 15 000 an
Hunger und Seuchen. Der Garnison wurde freier Abzug
mit allen kriegerischen Ehren zugestanden. Geschütze, Kanone,
Material wurden auf englischen Schiffen nach Frankreich
gebracht.

Danzig hielt sich 1807 mit 21 000 Russen und
Preußen unter Graf Paskevitch 76 Tage gegen 45 000
Franzosen. Bei der Kapitulation wegen Pulvermangels war
die Besatzung noch 12 800 Mann stark. Sie erhielt freien
Abzug mit kriegerischen Ehren gegen die Verpflichtung, ein
Jahr lang gegen Frankreich zu dienen.

1809 wurde Saragossa mit 31 000 Spaniern von
49 000 Franzosen belagert und nach 61 Tagen genommen.
Die Mannschaft, die auf 8200 Mann zusammengeschmolzen
war, wurde Kriegsgefängnis. Die Franzosen hatten nur 3000
Mann verloren.

29 000 Franzosen und Verbündete wurden 1813 in
Danzig von 35 000 Preußen und Russen eingeschlossen
und hielten sich 11 Monate. Kapituliert wurde auf
7000 Mann zusammengeschmolzen. Besatzung der Stadt wegen
Mangels an Lebensmitteln und Munition, die Garnison
wurde in Kriegsgefängnisse abgeführt.

1828 hielten sich 8000 Türken in Braila gegen
18 000 Russen 38 Tage lang. Die Verluste der Türken
betrugen 3000, die der Russen 4000 Mann. Die Besatzung
erhielt freien Abzug mit Hab und Gut.

In Sebastopol standen 1854/55 in der Festung
75 000, außerhalb 120 000 Russen gegen 170 000 Fran-
zosen, Engländer, Türken und Sardiner. Der Widerstand
dauerte 11 Monate. Die Russen hatten während der Be-
lagerung 102 670 Tote, Verwundete und Vermisste, die Ver-
bündeten 54 000. Die Russen räumten die Festung, nach-
dem sie alle Verteidigungswerke in die Luft gesprengt und
ihre Schiffe in Grund gehohlet hatten.

In Straßburg standen 1870 23 000 Franzosen
gegen 40 000 Deutsche. Der Widerstand dauerte 45 Tage
nach der Einschließung. Die Deutschen verloren nur 933,
die Franzosen 2500 Mann während der Belagerung. Die
Garnison wurde Kriegsgefängnis.

In Belfort standen 17 700 Franzosen gegen 28 000
Deutsche. Jene verloren 4750, diese 2140 Mann. Der
Widerstand dauerte 105 Tage. Bei der Kapitulation am
16. Februar 1871 erhielt die Besatzung freien Abzug.

Die Besatzung von 173 000 Franzosen besetzt; die deutsche
Belagerungsmannschaft zählte 197 000 Mann, wovon am Schluss
etwa 40 000 krank waren. Die französische Armee hatte
20 000 Kranke. Der Widerstand dauerte 69 Tage. Die
Besatzung wurde Kriegsgefängnis.

Endlich die Belagerung von Paris währt 132 Tage.
Die Franzosen zählten 400 000 Mann, davon jedoch
80 000 Mann Untertanen. Die Verluste der Deu-
tlichen während der Einschließung betrugen 11 200 von insge-
samt 200 000 Mann, die der Franzosen etwa 25 000. Die
Besatzung wurde Kriegsgefängnis, jedoch nicht ab-

Legte Nachrichten.

Gd. Berlin, 4. Januar. Die Nachricht von der
eines selbständigen Reichs-Kolonialkommissioners
April ist nach der „Post“ verübt. Eine Untersuchung
die Form der vorzunehmenden Veränderung und der
in Straf treten wird, ist noch nicht getroffen. —

Gd. Berlin, 4. Januar. Der bei einer der letzten
direktion einer großen Verkehrsvergesellschaft am
Staatsrat Wien in Hofstadt wurde wegen ungesetzlicher
Schlagungen verhaftet. Die Verurteilung wird sich auf
24 bis 24000 Mark belaufen. —

Gd. Trier, 4. Januar. Infolge Unstimmigkeiten einer
Bauwerke auf dem Dillinger Eisenwerke wurde ein Arbeiter ge-
tötet, zwei tödlich, einer leicht verletzt. —

Gd. Benedig, 4. Januar. Die winterbestigter Säng-
erinnen; mehrere manale sind angekommen. In Florenz verzeichnet
man 6 Grad Kälte. Auch aus den übrigen Provinzen wird Kälte
bis zu 23 Grad gemeldet. —

Gd. Rom, 4. Januar. Die letzten früh im Herbst es ist
Neapel so arg, daß der Straßenverkehr große Schwierigkeiten
erleidet. Seit 1890 hat Neapel keinen Schnee mehr gehabt. —

Verbands-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Veranlassung Magdeburg, Versammlungen...

Briefkasten.

W. M. Wiegand, W. M. Wiegand, Wahlkreis Jerichow...

18. 10. 1900, 19. 10. 1900, 20. 10. 1900...



Es erscheinen im Verlag des 'Vorwärts' unter dem zusammenfassenden Titel Kulturbilder wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte...

Wider die Pfaffenherrschaft

Von Emil Kosenow

Vom Standpunkt des historischen Materialismus entwickelt der Verfasser das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft...

(Anfängerleistungen) und schließlich das furchtbare Elend des 30-jährigen Krieges...

In die Zeit, deren Schilderung der erste Band unfrei Werkes dient, fällt auch die Wiegeburt der antiken Kunst...

Der erste Band wird in 50 Lieferungen à 20 Pf. erscheinen

Jeder Band ist für sich abgeschlossen, so daß das Abonnement auf den einen Band nicht den Bezug der weiteren Bände notwendig macht.

Wöchentlich erscheint ein Heft.

Wöchentlich erscheint ein Heft, sowie alle Aussträger und Kolporteurs der 'Volksstimme' entgegen.

Kristall-Seife, Elektra-Seifen, Seifenpulver I, Weizenmehl, Hamburger Schwarzbrot, Jakobstrasse 4.

Sudenburg, Butter billiger, Täglich frische Dampf-Molkerei-Butter, 714 Jakobstrasse 4.

Zigarren!, Sumatras Blatteinlage, Zigaretten, Zigarren-Versandhaus Otto Jäger, Magdeburg, Jakobstraße 47.

Ständezettel, der Magdeburger Volksklub, Gr. Marktstr. 21, Donnerstag: Erbsen mit Rippenfleisch...

Wannau, 2. Januar, Geburten: Elisabeth, T. des Arbeiters Hermann Hartwig...

Kanarienvogel, Wilh. Kay, Thale, Steinbrunnweg 23.

Frische Butter, Schmalz, Würstschmalz, Zucker, Kaffee, 5 Prozent Rabatt.

Buchhandlg. Volksstimme, Vorläufige Anzeige! Sonntag den 8. Januar gelangt im Luise-Park...

Ständezettel, Magdeburg, 3. Januar, Aufgebote: Schlepper Joh. Jos. Gahl...

Wannau, 3. Januar, Aufgebote: Müller Paul Otto Biber in Uelzen...

Genossen-schafts-Butter, Genossen, Käsesorten, Genossen, werden gern reise und vollkette, Rüsensorten, Genossen, werden mit Vorliebe schmackhafte, Wurst- u. Fleischwaren, Spezialgeschäft für Butter, Eier, Käse, Wurst- u. Fleischwaren, Walter Ernst, Carl Grosse Nachf., 36 Jakobstraße 36.

Butterhdlg. Edelweiss, 40, J. Lehmann, Sudenburg, Halberstädterstraße 40.

Holzschuhe u. -stiefel, Carl Zucht, Pfeifferberg, Nr. 11.

Kanarienvogel, J. Tischler, Annastraße 25.

Schlachtfest, W. Lackemacher, Dittbergstraße 13.

Kaiser-Panorama, Magdeburg, Breitweg 134, 1. Altes Stadttheater.

Schneefall-Reigen, Redoute am 20. Februar.

Walhalla, Weltkühnster hochinteressanter Spielplan, Durchschlagender Erfolg jeder einzelnen Programm-Nummer.

Aschersleben, Generalversammlung, Die Herren Arbeiter und die hinnerberichtigten Arbeitermitglieder...

Stadt-Theater, Das Schwalbennest, Sonntag den 8. Januar 1905.

Ständezettel, Magdeburg, 3. Januar, Aufgebote: Schlepper Joh. Jos. Gahl...

Ständezettel, Magdeburg, 3. Januar, Aufgebote: Schlepper Joh. Jos. Gahl...

Ständezettel, Magdeburg, 3. Januar, Aufgebote: Schlepper Joh. Jos. Gahl...

Ständezettel, Magdeburg, 3. Januar, Aufgebote: Schlepper Joh. Jos. Gahl...

Ständezettel, Magdeburg, 3. Januar, Aufgebote: Schlepper Joh. Jos. Gahl...

Wannau, 3. Januar, Aufgebote: Müller Paul Otto Biber in Uelzen...

Wannau, 3. Januar, Aufgebote: Müller Paul Otto Biber in Uelzen...

Wannau, 3. Januar, Aufgebote: Müller Paul Otto Biber in Uelzen...

Wannau, 3. Januar, Aufgebote: Müller Paul Otto Biber in Uelzen...

Wannau, 3. Januar, Aufgebote: Müller Paul Otto Biber in Uelzen...